Abend- **№ 91.** **Ausgabe.**

Berlin, Mittwoch, **den 23. Februar 1887.**

Dieses Blatt erscheint in der Woche **zwölfmal.**

Abonnements-Preis: vierteljährl. für Berlin 7 ℳ 50 ₰, für ganz Preussen, das übrige Deutschland und ganz Oesterreich 9 ℳ.

Insertions-Gebühr: die viergespaltene Zeile 40 ₰

Berliner Börsen-Zeitung.

Alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und unsere Expedition nehmen Bestellungen an.

Als **Gratis-Beilagen** erscheinen ausser anderen **tabellarischen Uebersichten** eine Zusammenstellung *aller Submissionen,* **Allgemeine Verloosungs-Tabellen** und **Restanten-Listen.**

Die einzelne Nummer kostet 10 ₰

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: **Berlin W., Kronenstrasse No. 37.** — Annahme der Inserate: **in der Expedition.**

Telegraphische Depeschen.

Wien, 23. Februar. (C. T. C.) Das „Fremdenblatt" glaubt, die Wahlen für den Deutschen Reichstag hätten eine reiche und neue Stärkung nach innen und aussen gebracht; ein starkes Deutschland aber erhöhe und mehre die Hoffnung auf Erhaltung des Europäischen Friedens. — Die „Presse" sagt: Der Wahlsieg Bismarcks wiegt mehr wie eine gewonnene Schlacht; er stärkt vielleicht alle Hoffnungen auf den Europäischen Frieden. Dass der Papst für den Sieg mitgeholfen, ehrt den Sieger und seinen erhabenen Verbündeten. — Die „Deutsche Ztg." äussert sich: „Eines kann schon jetzt auf das Bestimmteste behauptet werden; die nationalen Parteien sind in kräftigem Aufschwung begriffen, während ihre verschiedenen Gegner schwere, mitunter zermalmende Verluste zu beklagen haben. Diese Thatsache wird hoffentlich etwas dämpfend auf den Jubel der Französischen Chauvinisten wirken, die durch ihre beispiellosen Agitationen, ja förmlichen Beschwörungsrufe an die Adresse der Elsass-Lothringer noch einmal den Sieg der Protestler in den Reichslanden zu Wege gebracht.

Wien, 23. Februar. (C. T. C.) Die Einnahmen der Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahn betrugen in der Woche vom 12. bis 18. Februar 586 120 fl., Mehreinnahme 20 126 fl.

Pest, 23. Februar. (C. T. C.) Die amtliche Ernennung Weckerles zum Staatssecretär im Finanzministerium, sowie die Enthebung des Staatssecretärs Köffinger von seinem Amte ist heute erfolgt.

Basel, 23. Februar, 11 Uhr 35 Min. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Westbahn 122 G, 123 B, Nordostbahn 328 G, 330 B, Centralbahn 501 G, 503 B, Unionbahn 397 G, 399 B, Gotthardbahn 492 G, 494 B.

Genf, 23. Februar. 11 Uhr 30 Min. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Westbahn 122, Nordostbahn 330.

Paris, 23. Februar, 12 Uhr 8 Min. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) 3%ige Rente 79,60, Italiener 95,80, Türken 13,55, Spanier 63¾, Egypter 365⅝, Banque Ottomane 491¼.

London, 23. Februar, Morgens. (C. T. C.) Die Morgenblätter äussern ihre Befriedigung über die bisher bekannten Resultate der Deutschen Reichstagswahlen. Die „Times" erblickt in dem Ausfall der Wahlen, soweit durch denselben das Septennat gesichert erscheine, eine vorläufige Sicherung des Friedens.

London, 23. Februar, 10 Uhr 55 Minuten. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) 1873er Russen 93,49, Egypter 71⅞, Ungarn 77, Spanier 62⅞.

London, 23. Februar, 11 Uhr 23 Min. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Eries 34⅞, Lakeshore 96¾, Louisville 63,13, New-York Central 115⅝, Central-Pacific 38¼, Canadian-Pacific 64¼, Union-Pacific 58½, Readings 19⅛.

Rom, 22. Februar. (C. T. C.) Nach einer Meldung der „Tribuna" aus Massauah hätte General Gené in der Antwort auf das Schreiben Ras Alulas es abgelehnt, mit demselben zu unterhandeln, so lange Salimbeni und seine Genossen gefangen gehalten würden. Gené verlangt deren Freilassung, er werde sonst die Mitglieder der Expedition als todt betrachten und dieselben rächen, Salimbeni hätte dieser Antwort schriftlich zugestimmt.

Petersburg, 22. Februar. (C. T. C.) Ein heute veröffentlichtes Gesetz stellt der Gesellschaft für gegenseitigen Bodencredit frei, die Einzahlungen ihrer Creditnehmer für die im Januar und Juli d. J. fällige Verzinsung und Amortisation der Metalldarlehen auf 7 Creditrubel für je 100 Metallrubel festzusetzen.

Reichstags-Wahlen.

(Depeschen der C. T. C.)

Rosenheim. Posthalter Wagner (Centr.) wiedergewählt.

Traunstein. Landgerichtsrath Senestrey (Centr.) wiedergewählt.

Meseritz-Bomst. v. Unruhe (cons.) wiedergewählt.

Buk-Kosten. v. Myczielski (Pole) gewählt.

Wreschen Pleschen. Magdzinski (Pole) gewählt.

Kröben. Fürst Adam Czartoryski (Pole) gewählt.

Adelnau. Fürst Radziwill (Pole) gewählt.

Gnesen-Wongrowitz. v. Chelmicki (Pole) gewählt.

Wirsitz-Schubin. Graf Skorzewski (Pole) gewählt.

Inowrazlaw-Mogilno. v. Koszielski (Pole) gewählt.

Czarnikow-Colmar. v. Colmar (cons.) wiedergewählt.

Koblenz. Dr. v. Hertling (Centr.) gewählt.

Stolp-Lauenburg. v. Hammerstein (cons.) wiedergewählt.

Lüdinghausen. v. Landsberg (Centr.) gewählt.

Amberg. v. Gise (Centr.) gewählt.

Sinsheim. v. Göler (cons.) wiedergewählt.

Coburg. Stichwahl zwischen Delbrück (natl.) und Siemens (dfrs.)

Friedberg. Miquel (natl.) gewählt gegen Hinze (dfrs.).

Guben-Lübben. Prinz Schönaich-Carolath (Reichspartei) gewählt gegen Schmieder (dfrs.).

Oppeln. Graf Ballestrem (Centr.) gewählt.

Neustadt Oberschlesien. Graf Stolberg (Centr.) gewählt.

Gr. Strehlitz-Kosel. Franz (Centr) gewählt.

Pless-Rybnik. Müller (Centr.) gewählt.

Frankenstein. Graf Chamaré (Centr.) gewählt.

Lüben-Bunzlau. Schmieder (dfrs.) gewählt.

Glatz. v. Hoiningen-Huene (Centr.) gewählt.

Guhrau-Wohlau. v. Kessel (cons.) wiedergewählt.

Ohlau-Nimptsch. v. Goldfus (cons.) wiedergewählt.

Teltow-Beeskow-Storkow. Prinz Handjery (cons.) wiedergewählt.

Osterode-Neidenburg. Stephanus (cons.) wiedergewählt.

Rastenburg-Gerdauen. Graf Udo Stollberg (cons.) wiedergewählt.

Haynau-Goldberg. Goldschmidt (dfrs.) gewählt.

Weilheim. Weber (Centr.) gewählt.

Aichbach. v. Pfetten (Centr.) wiedergewählt.

Illertissen. Reindl (Centr.) wiedergewählt.

Eichstätt. Schmidt (Centr.) erhielt bis jetzt circa 9000 St., sein Gegencandidat Gardill (natl.) circa 5000 St. Die Wahl Schmidts ist zweifellos.

Herford-Halle. v. Kleist-Retzow (cons.) wiedergewählt.

Königsberg (Neumark). v. Levetzow (cons.) gewählt.

Crossen-Züllichau. Uhden (cons.) wiedergewählt.

Lüchow-Uelzen. Graf Bernstorff (Welfe) gewählt.

Saatzig-Pyritz. v. Schöning (cons.) gewählt.

Posen (Stadt und Kreis). Fabrikbesitzer Cegielski (Pole) wiedergewählt.

Daun-Pruem-Bitburg. Wahl Limburgs (Centr.) gesichert.

Hagenow-Grevesmühlen. v. Wrisberg (cons.) wiedergewählt.

Malchin-Waren. Graf von Schliefen-Schwandt (cons.) wiedergewählt.

Ueckermünde-Usedom. Graf Rittberg (cons) gewählt.

Randow-Greifenhagen. v. d. Osten (cons.) gewählt.

Demmin-Anklam. v. Maltzahn-Gültz (cons.) gewählt.

St. Goarshausen-Montabaur. Lieber (Centr.) wiedergewählt.

Thorn-Kulm. Stichwahl zwischen Dommes-Sarnau (natl.) und v. Sczaniecki (Pole).

Nienburg. Langwerth v. Simmern (Welfe) gewählt.

Graudenz-Strassburg. Hobrecht (natl.) gewählt.

Kottbus-Spremberg. Stichwahl zwischen Funcke (natl.) und Breil (Soc.)

Dillingen. Deuringer (Centr.) gewählt.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 23. Februar.

— Abgeordnetenhaus. 19. Sitzung vom 23. Februar, 11 Uhr 20 Minuten. Am Ministertische: v. Gossler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. Rintelen (Centr.), dass er sich in Bezug auf die Wahl vom Jahre 1862 geirrt habe, indem er das Resultat der zweiten Stichwahl mit dem der dritten verwechselt habe.

Das Haus tritt hierauf in die zweite Berathung des Cultusetats ein.

Bei Cap. 34 Einnahmen, Cap. 1 Evangelischer Cultus, beklagt

Abg. v. Meyer-Arnswalde die drückend hohen Schullasten der Gemeinden und befürchtet davon ungünstigen Einfluss auf die nächsten Wahlen. Die Vertheilung der Lasten für die Bauern und Grossgrundbesitzer sei eine ungerechte, die Bauern müssten viel mehr als die Besitzer zahlen, und dadurch werde das Verhältniss zwischen den Bauern und den Grossbesitzern vergiftet. Er sage dies, wiewohl er nicht, wie wiederholt behauptet worden, liberal oder gar freiconservativ sei. (Heiterkeit.) Seine Opposition sei eine Opposition der äussersten Rechten.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Bei Titel 1 der Ausgaben (Minister 30 000 ℳ) erklärt

Abg. Dr. Windthorst: Es ist von jeher Brauch gewesen, bei der Berathung dieses Titels principielle Erörterungen vorzubringen. Ich erkläre namens meiner politischen Freunde, dass wir diesmal auf die Erörterung prinzipieller Gesichtspunkte verzichten werden. Stoff dazu läge freilich genug vor. Es ist jedoch jetzt eine kirchenpolitische Vorlage dem Herrenhause zugegangen. Wir können sie noch nicht erörtern, da wir erstlich noch keine Zeit hatten sie zu studiren. Aber auch wenn wir sie hätten studiren können, so würden wir die Vorlage hier nicht besprechen können, da sie zunächst dem Herrenhause zugegangen ist. Wir verzichten also auf principielle Erörterungen. Ob die weitere Entwicklung der Debatte uns zu principiellen Erörterungen Anlass geben wird, steht dahin.

Abg. Ostrowicz (Pole) beklagt zunächst die durch die herrschende Lehrmethode bedingte Verdrängung der Polnischen Sprache und wendet sich dann gegen die Versetzung der in den Polnischen Landestheilen heimischen Lehrer in andere Theile der Monarchie. Dieser Wechsel des Lehrerpersonals störe den Fortschritt im Unterricht. Die ganze jetzt herrschende Methode mache aus der Schule eine Abrichtungsanstalt und könne bei den Kindern Polnischer Eltern nur Abneigung und Hass erwecken. All diese Germanisirungs-Gesetze würden keinen Erfolg haben, wiewohl sie viel Geld kosteten und man für sie trotz der allgemeinen Finanznoth heidenmässig viel Geld habe. Ueber jedem Lehrer schwebe die Gefahr der Versetzung wie ein Damoklesschwert. Diese Versetzungen schädigten die Lehrer auch finanziell, ausserdem würden die katholischen Lehrer durch diese Zwangsversetzungen gerade in protestantische Gegenden gebracht: die Absicht der Protestantisirung läge also vor. Was werfe man diesen Lehrern vor ausser ihrer polnischen Abkunft? Möge man doch endlich dieses System einstellen! Sonst werde bald eine Zeit kommen, in der die Regierung dieses System bereuen werde.

Minister v. Gossler: Ich will dem Redner nur auf die sogenannten „massenhaften Versetzungen" antworten. Der Vorredner irrt, wenn er diese Versetzungen disciplinarische nennt — das ist keineswegs der Fall, diese Versetzungen sind vielmehr politischer Natur, ihre Ursache ist bereits gelegentlich der vorjährigen Berathungen eingehend erörtert worden. Es sind aus diesen politischen Rücksichten angeordnet worden Versetzungen von 12 Lehrern höherer Anstalten, von 12 Seminarlehrern und 68 Elementarlehrern — ob Sie das gegenüber der Thatsache, dass wir 3000 Polnische Elementarlehrer haben, massenhafte Versetzungen nennen können, mögen Sie selbst entscheiden. Es ist unrichtig, dass die Versetzungen die Lehrer finanziell schädigen; die Lehrer kommen